

<b>ZU DIESEM HEFT</b>	291	<i>Heidi Behrens/Paul Ciupke/Norbert Reichling</i> Noch viel zu tun! Die Geschichte der DDR und die politische Erwachsenenbildung	339
<b>SCHWERPUNKT</b>			
<i>Paul Ciupke</i> Politik und politische Bildung unter den Voraussetzungen von Ungewissheit	292	<i>Kerstin Engelhardt</i> Die DDR als Randnotiz Deutscher Geschichte? DDR-Geschichte und ihre Vermittlung aus der Perspektive der außerschulischen politischen Bildung: eine Chance auch für die Schule	346
<i>Peer Pasternack</i> Politik als Beruf heute	299		
<i>Karsten Rudolf</i> Politik und politische Bildung Das zwiespältige Verhältnis neu definieren und neue Potenziale nutzen	307	<b>ADB-JAHRESTHEMA</b>	
<i>Sonja Schweizer/Ulrike Steimann</i> Überschätzt oder unterschätzt – Politiker und die Wirklichkeit politischer Bildung	314	<i>Marina Grasse</i> Mobile Friedensakademie OMNIBUS Linie 1325 – Ein internationales Kursangebot des Ost-West-Europäischen FrauenNetzwerkes (OWEN)	352
<i>Ernst Reinhard Beck</i> Unsere Demokratie ist ein hohes Gut, das erklärt, vermittelt und verankert werden muss	319	<b>METHODEN UND ARBEITSFORMEN</b>	
<i>Hildegard Wester</i> Politikerinnen und Politiker als Thema und Mittler politischer Bildung	321	<i>Marina Spillner</i> Kommunalpolitisches Planspiel „Politik in Entensausen“	356
<i>Karin Lukas-Eder</i> Europa hautnah erleben Ein Besuch beim Europäischen Parlament	325	<b>INFORMATIONEN</b>	
<i>Hermann Strahl</i> „Politik qualifiziert!“ Weiterbildung als Entwicklungshilfe für attraktivere Politik und Politiker/-innen	329	Meldungen	359
<b>ADB-FORUM</b>		Aus dem AdB	381
Das haben Sie davon ... 25 gute Gründe für die politische Bildung in Baden-Württemberg	334	Personalien	391
		Bücher	392
		Markt	410
		<b>IMPRESSUM</b>	415

Thema des nächsten Heftes: Den demographischen Wandel zukunftsfähig gestalten

## Politik als Beruf heute

Peer Pasternack

Der Beitrag behandelt vier Fragen: 1. Was befähigt zur Politik? (Es befähigt, entweder sich auf der so genannten Ochsentour das politische Geschäft angeeignet zu haben oder durch eine politiknahe Tätigkeit oder durch besondere Fachexpertise ausgewiesen zu sein; keiner der Wege ist ohne Nachteile.) 2. Was haben Politiker/-innen zu tun? (Sie haben im Modus der geregelten Austragung von Gruppenkonflikten akzeptanzfähige Entscheidungen zu erzeugen.) 3. Was müssen Politiker/-innen dazu können? (Sie müssen rechnen, rasonieren, verbindliche Entscheidungen erzeugen und öffentlich kommunizieren können.) 4. Und was hat dies mit politischer Bildung zu tun? (Politische Bildung sollte ihre Klienten so ausstatten, dass jedem Politiker deutlich vor Augen steht, dass sein Publikum hinreichend kompetent ist, sich bei Bedarf auch jederzeit selbst zur Wahl stellen zu können.)

Max Weber hat 1919 in seinem klassisch gewordenen Aufsatz „Politik als Beruf“ die Politiker sortiert. Da gebe es zum einen die Leidenschaftlichen, die sich durch eine starke Bändigung der Seele und Distanzierungsfähigkeit auszeichnen, und zum anderen steril aufgeregte politische Dilettanten.<sup>1</sup> Im Weiteren ließen sich diejenigen Politiker, die für die Politik lebten, von denen absetzen, die von der Politik lebten. Letztere strebten danach, aus der Politik eine dauerhafte Einnahmequelle zu machen. Der Typus des für die Politik Lebenden hingegen lasse sich nochmals untergliedern: „Er genießt entweder den nackten Besitz der Macht, die er ausübt, oder er speist sein inneres Gleichgewicht und Selbstgefühl aus dem Bewußtsein, durch Dienst an einer ‚Sache‘ seinem Leben einen Sinn zu verleihen“.<sup>2</sup>

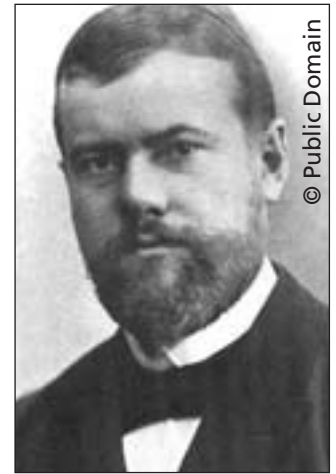
### Nach Max Weber gibt es fünf Politikertypen

Demnach gibt es also fünf Politikertypen: die nicht von ihren Affekten gesteuerten Leidenschaftlichen; die von ihren Affekten gesteuerten Dilettanten; die durch ein auskömmliches Einkommen zur Politik Motivierten; die Machthungrigen; schließlich die an Sachinhalten Orientierten. Typologien, die mit ihren Unterscheidungen auf verschiedenen Ebenen operieren, haben es häufig an sich, den Hinweis auf Mischformen notwendig zu machen. So auch hier. Trennschärfer lässt sich typologisieren, wenn wir die Fra-

ge stellen: Was befähigt eigentlich zur Politik?<sup>3</sup>

### 1. Was befähigt zur Politik?

Da gibt es ganz verschiedene Auffassungen. Ein häufiges Missverständnis in der Öffentlichkeit lautet: ein Studium der Politikwissenschaft. Dem kann getrost widersprochen werden, denn die Politikwissenschaft verhält sich in etwa so zur Politik wie die akademische Medizin zur Krankheit. Nicht nur, dass kein Mensch Medizin studiert, um anschließend krank zu werden. Es gibt auch zwei Arten, sich den Krankheiten zu nähern: analytisch, wie z. B. die Pathologie, oder interventionsorientiert, wie etwa die Chirurgie. Erstere verwendet ihre Zeit zur Hälfte darauf, solche Fälle zu ergründen, bei denen es ohnehin zu spät ist, dann aber genau angeben zu können, warum es zu spät war. Die Chirurgie hingegen sorgt dafür, dass etwas, das eigentlich nicht mehr ging, irgendwie doch wieder geht. Ganz ähnlich liegen die Dinge in der Politikwissenschaft. Wer das Fach studiert hat, hat gelernt, Politik zu analysieren oder zu beraten, aber nicht, sie zu betreiben. (Selbstredend gibt es auch Politologen und Politologinnen, die Politiker/-innen werden. Das geschieht dann aber nicht wegen der vermeintlich exzellenten Vorbereitung durch ihr Studium, sondern weil zusätzliche, gewichtigere Umstände hinzutreten. Dazu im Weiteren.)



Max Weber im Jahr 1894

© Public Domain

### Politikwissenschaft verhält sich zur Politik wie die akademische Medizin zur Krankheit

Was also befähigt dann zur Politik? Die Ochsentour, so eine andere häufige Antwort, oft mit Anwiderungsmimik vorgetragen. „Die Ochsentour“ heißt (salopp gesagt): Ein politisch aktiver Mensch beginnt eine Laufbahn als nicht sehr wichtiger Politiker und bemüht sich, wichtig zu tun, um wichtig zu werden. Er oder sie erwirbt dabei sowohl nützliche Fähigkeiten als auch nützliche Aufmerksamkeit, so ge-

1 Max Weber: Politik als Beruf, in: *Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen* (Hrsg.), Politik als Beruf heute, Düsseldorf 1986, S. 37-71.

2 Ebd., S. 42f.

3 Der hier vorgelegte Text führt zweierlei Erfahrungen des Autors zusammen: die des Politikwissenschaftlers, also des Politik Analysierenden, seit Beginn der 90er Jahre, und die des politischen Praktikers als Amtschef in einem Berliner Landesministerium (2002 – 2003).

nannten Stallgeruch. Sukzessive kann jemand derart, wenn alles klappt und glückliche Umstände unterstützend wirken, vom unwichtigen Politiker zum wichtigeren Politiker werden, am Ende womöglich zum ganz wichtigen.

Empirisch lässt sich neben dem Ochsentouristen ein weiterer Typ von Politikern vorfinden. Bei diesem speist sich die Vermutung, hier gäbe es eine Befähigung zum politischen Amt, wesentlich aus einem abweichenden Herkunftsmuster. Es handelt sich um den Typus des Feldwechslers, landläufig Seiteneinsteiger genannt. Dabei gibt es zum einen den Wechsel aus politiknahen Bereichen, also etwa Verwaltung, Gewerkschaften, Verbänden oder Politikberatung. Zum anderen finden sich Seiteneinsteiger, die allein ihre Fachexpertise – etwa für Umweltschutz oder Gesundheitsökonomie – ins politische Geschäft spült: Warum teure Gutachten kaufen, wenn der Gutachter den Job auch gleich selbst erledigen kann?

Demokratiethoretisch sind Letztere eigentlich die idealen Amtsbesetzungen: unverdorben (jedenfalls von der Politik), beruflich unabhängig, nur an

**In der Öffentlichkeit ist der Seiteneinsteiger beliebter als in der Politik selbst**

einem zeitweiligen Aufenthalt in der Politik interessiert, in politiküberschreitenden Horizonten und politikuntypischen Perspektiven

denkend. In der Öffentlichkeit ist der Typus des Seiteneinsteigers beliebter als in der Politik selbst: Die öffentliche Generalvermutung lautet, es könne befruchtend wirken, sektorfremd geprägtes Personal aufzunehmen; im politischen Betrieb hingegen erzeugt solches Personal häufig Abstoßungsreaktionen. Immerhin hat die Suche nach Seiteneinsteigern in einer Hinsicht ein Versagen des politischen Systems zur Voraussetzung: Muss die Politik extern Personal suchen, war ihre eigene Nachschubproduktion unzulänglich. Zur Strafe muss sie dann abseits der üblichen Rekrutierungsnetze Ausschau halten nach mutmaßlich verwendbaren Personen (und die eigenen Leute, die es ja dennoch gibt und die sich



Gilt als Seiteneinsteiger: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach

Aufstiegshoffnungen machten, vor den Kopf stoßen).

Die Seiteneinsteiger, einmal gefunden, befreien aber nicht nur aus einer Verlegenheit, sondern bereiten mit großer Wahrscheinlichkeit auch Probleme. Typischerweise sind sie dem vorhandenen politischen Personal habituell fremd und haben Einpassungsschwierigkeiten. Sie verhalten sich anfangs entweder zu zurückhaltend oder zu forsch, also auf jeden Fall unangemessen. Überdies müssen sie so zentrale Dinge wie den Unterschied zwischen einem

**Seiteneinsteiger verhalten sich anfangs unangemessen**

Regierungsdirektor und einem Ministerialdirigenten erst einmal erlernen. Damit nicht genug. Aus all ihrer Unbedarftheit

erwächst ihnen auch noch ein aufmerksamkeitsökonomischer Vorteil: Wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Originalität des erfrischend politikeruntypischen Verhaltens ziehen sie die größere Aufmerksamkeit der Medien auf sich. Insgesamt sind das alles Erfahrungen, welche die Politik nach Möglichkeit gern vermeidet. Mitunter jedoch geht es nicht anders.

Es lässt sich zusammenfassen: Zur Politik scheint zu befähigen, so zeigt die Empirie, sich auf der so genannten Ochsentour das politische Geschäft angeeignet zu haben oder durch eine politiknahe Tätigkeit oder durch besondere Fachexpertise ausgewiesen zu sein. Zugleich sind einige Defizite unübersehbar: Wer die Ochsentour absolviert hat, denkt und handelt seit langem in den Zeithorizonten von Legislaturperioden, so wie der dreschende Ochse weiß, dass der Stall wartet, wenn die Sonne untergeht. Wer aus politiknahen Bereichen in die Politik gewechselt ist, ist lobbyistisch kontaminiert; da fällt es schwer, die partikulare Interessenvertretung (um deretwillen Parteien auch gewählt werden) überzeugend als die Vertretung des Allgemeininteresses zu kaschieren. Wen allein Fachexpertise in die Politik gespült hat, streitet mit der Schwäche des Arguments gegen die Stärke der Verflechtungen in Verwaltungen, Parlamenten, Lobbygruppen und zwischen all diesen.

Mitunter nun gelten Politiker/-innen als überfordert oder am falschen Platz eingesetzt. Jenseits des Ressentiments gegen ‚die da oben‘ und gelegentlicher Denunziationen trifft das – wie in allen Berufen – auch dort zu. Allerdings ist Politik, im Unterschied zu manch anderen Berufen, sehr viel häufiger folgelastiges Handeln, d. h. dort werden Entscheidungen erzeugt, die nicht nur für die Ent-

scheider selbst, sondern für viele andere Menschen Wirkungen entfalten. Daher sollte nicht nur die Frage gestellt werden, auf Grund welcher Umstände jemand Politiker/-in wird, sondern auch, welche Befähigungen politische Akteure zur adäquaten Mandats- oder Amtsausübung besitzen sollten. Das hängt davon ab, was sie zu tun haben.

## 2. Was haben Politiker/-innen zu tun, und was müssen sie können?

Gehen wir hier und im Weiteren von Politik in der Demokratie aus, dann lässt sich die Aufgabe der Politiker/-innen allgemein so formulieren: Sie haben in exponierten, also aus der Mehrheit ihrer Mitbürger/-innen herausgehobenen Rollen Entscheidungen zu erzeugen, von denen sie begründet annehmen können, dass diese entweder auf allgemeine, auf mehrheitliche oder auf klientelgruppengebundene Zustimmung stoßen, sie also in irgendeiner Weise kollektive Verbindlichkeit zu erlangen vermögen. Die Legitimation, aus der sich die Berechtigung zu solchem Wirken speist, ist die Repräsentation: Politiker/-innen repräsentieren Teile der Bevölkerung. (Die Behauptung mancher Politiker, die *gesamte* Bevölkerung zu repräsentieren, ist entweder eine Anmaßung oder aber eine hinnehmbare Amtsfiktion, wie etwa beim Amt der Bundespräsidentin/des Bundespräsidenten.) Das Me-

dium, dessen sich Politiker/-innen bedienen, ist die Macht. Der Repräsentations- und der Machtaspekt werden zusammengeführt in der Machtverteilung: Wer eine Mehrheit repräsentiert, kann in der komfortableren Regierungsrolle Entscheidungen erzeugen; den Repräsentanten der Minderheiten bleibt die wirkungseingeschränkte Oppositionsrolle. Zusammen finden sich Regierung und Opposition darin, dass sie sich einer geregelten Austragung von Gruppenkonflikten widmen.

Bis zu diesem Punkt ist das eine funktionale Bestimmung dessen, was Politiker zu tun haben. Sie lässt sich ergänzen um wertgebundene Elemente, etwa dass Politiker/-innen Vorbilder sein sollen, dass sie partikulare mit allgemeinen Interessen vermitteln sollen, dass sie Fairness zu praktizieren haben oder im Unterschied zu einem beträchtlichen Teil ihrer Wählerschaft keine Steuern hinterziehen sollen. Diese normativen Bestimmungen sind allerdings – wie alle Wertentscheidungen – nicht zwingend einigungsfähig, weder unter allen Politikern noch unter sämtlichen Mitgliedern einer Gesellschaft. Daher bleiben wir hier bei der funktionalen Bestimmung. Sie ist, wie zu sehen sein wird, anspruchsvoll genug.

### In der Politik geht es um Haushalte und Ideen

Was also muss ein Politiker, eine Politikerin können, um an exponierter Stelle und kompetent an der Erzeugung kollektiv verbindlicher Entscheidungen mitzuwirken? Auf den Kern reduziert, lässt es sich so sagen: In der Politik geht es um Haushalte und Ideen. Idealerweise stehen die Ideen am Anfang, faktisch sind es die Haushalte. Die Politik entscheidet über die Verwendung der öffentlichen Mittel, und dabei verfolgt sie mehr oder weniger anspruchsvolle Ideen. Ein Politiker sollte also rechnen und rasonieren können. Die Hauptaktivitäten, in denen der Politiker das anzuwenden hat, sind die Erzeugung



© Deutscher Bundestag

Bundtagsabgeordnete im Gespräch nach Geschäftsführungsantrag

kollektiv verbindlicher Entscheidungen und die öffentliche Kommunikation, mit denen diese Entscheidungen vor- und nachbereitet werden. Betrachten wir das im Einzelnen.

### 2.1 Entscheidungserzeugung

Um sich aktiv an der Erzeugung verbindlicher Entscheidungen zu beteiligen, benötigen der Politiker und die Politikerin subjektive Entscheidungsbefähigung. Diese setzt Urteilsfähigkeit voraus. Urteilsfähigkeit wiederum entsteht auf der Grundlage von Informiertheit. Die gründet auf der Verbindung von Informationen und entsprechenden individuellen Informationsverarbeitungskapazitäten. Dabei geht es dann nicht allein um Sachinformationen, sondern auch um die Kenntnis von Einstellungen und Stimmungen. All dies zusammen ergibt das nötige politische Handlungswissen.

#### Die Informationsverarbeitungskapazitäten der Politiker/-innen sind beständig überfordert

Allerdings gibt es hier auch einen gewichtigen einschränkenden Umstand: Politiker/-innen werden so gut informiert, dass ihre Informationsverarbeitungskapazitäten beständig überfordert sind. Nie versiegende Ströme papierner und elektronischer Informationen bekommen sie ungefragt in ihre Büros geleitet. Überdies sind sie berechtigt, fortwährend detailliertere Informationen zu beliebigen Problemen anzufordern. Ob im Rahmen parlamentarischer Anfragen oder als Anweisung an eine Ministerialverwaltung zur inhaltlichen Aufbereitung eines bestimmten Problems – die Mandats- und Amtsinhaber/-innen nutzen in der Regel sehr intensiv die Möglichkeiten, sich zur ohnehin bestehenden Informationsüberflutung noch weiter informationsüberfluten zu lassen. Um dabei dennoch individuell navigationsfähig zu bleiben, gibt es zwei Möglichkeiten: Man kann sich entweder an der jeweils gerade aktuellen Parteilinie orientieren oder, was nicht dasselbe ist, an die Programmatik binden, also z. B. an Partei- oder Wahlprogramme, eine weithin verkannte Textsorte. Letzteres sollten wir uns genauer anschauen, denn im Vergleich zur fortwährenden Befolgung der immer ein wenig schlingernden Parteilinie ist die Selbstbindung an eine Programmatik die selbstbewusstere Position für einen Politiker.

Programmatik stellt die Übersetzung politischer Ideen in politische Handlungsabsichten her. Dabei besteht die Bedeutsamkeit von Programmatik nicht darin, dass sie vollständig umgesetzt wird. (Eine Programmatik, der das passiert, muss ziemlich anspruchslos gewesen sein.) Auch ist sie nicht

primär deshalb bedeutsam, weil sie Orientierungsmarken für potenzielle Anhänger und Wähler liefert, an Hand derer informierte Entscheidungen für oder gegen eine politische Richtung möglich werden. Wesentlicher ist, dass politische Programmatik Orientierungsmarken für das politisch handelnde Personal bereitstellt: Da dieses sich tendenziell immer in einer Überforderungssituation befindet, die durch das Tagesgeschäft verursacht ist, verfügt es häufig über keine Freiräume für eigenes programmatisches Denken. Der Text eines Programms kann so zur Wegmarkierung werden, mit der sich ein Politiker im Alltagsstress vergewissert, wo Grenzüberschreitungen drohen.

Dabei sind Pragmatisierungen von programmatisch formulierten Ansprüchen im politischen Betrieb normal und unausweichlich – zumindest was die zeitlichen Umsetzungshorizonte betrifft. Schließlich müssen Rahmenbedingungen, Kräfteverhältnisse, jeweils gegebene Bündnismöglichkeiten, verfügbare finanzielle Ressourcen und dergleichen in Rechnung gestellt werden. Doch der Umstand, dass Pragmatisierungen eher die Regel als die Ausnahme sind, schwächt die Rolle von Programmatik keineswegs. Es macht sie umso wichtiger. Denn wer als politischer Akteur völlig programmungebunden handelt, liefert sich vollständig zweierlei

#### Die Bedeutung von Programmen liegt darin, eine inhaltliche Konsistenz politischen Handelns zu ermöglichen

Umständen aus: zum einen Stimmungen (die bekanntermaßen wechselhaft sind) und zum anderen so genannten Sachzwängen (die nicht vom Himmel fallen, sondern durch Entscheidungen konkreter Akteure in konkreten Situationen erzeugt werden). Eine inhaltliche Konsistenz politischen Handelns kann derart nicht zu Stande kommen. Darin, eine solche Konsistenz zu ermöglichen, liegt also die Bedeutung von Programmen – weniger darin, von jedem Besucher eines Wahlkampfstandes in gieriger Lektüre verschlungen zu werden.

Gebrochen wird die (freiwillige) Programmbindung im politischen Alltag durch die (unfreiwillige) Bindung an einen Apparat: Die Legislative und das politische Wechselpersonal an den Spitzen von Stadtverwaltungen oder Ministerien sind bei der Umsetzung ihres politischen Willens auf die exekutiven Apparate angewiesen. Um zu verdeutlichen, was das bedeutet, sei auf eine prägnante Beschreibung der Funktionsweise einer Ministerialverwaltung zurückgegriffen, die der Republik aus München geliefert wurde:



„Wer wissen möchte, was und wieviel Beamte tun, muß sich einen Aktendeckel vorstellen, eine schreibpapiergroße Hülle in gedämpfter Farbe. ... Zum Zeichen dafür, daß der Inhalt, zumindest die Existenz einer Akte, zur Kenntnis genommen wurde, hinterläßt ein Beamter nach dem anderen auf dem Aktendeckel seinen Namenszug. Die unteren Chargen malen noch pedantisch zwei, drei entzifferbare Buchstaben, während die oberen zu einer knappen Kritzelei übergehen. Der schwungvolle Bogen, den auf die Hülle zu werfen der Ministerialdirigent, der flüchtige Haken, den auf der Pappe zu schlagen der Ministerialdirektor gerade noch anderthalb Sekunden erübrigt, genügen vollauf zur Identifizierung des jeweiligen, im ganzen Hause bekannten hohen Tieres. ... Aus Verdruß darüber, daß sie bloß Regierungsdirektor sind, haben etliche Regierungsdirektoren sehr viele Vorgänge nach allen Regeln der Weitschweifigkeit zu Papier gebracht. Aufs ausführlichste und umständlichste deshalb, weil ihre Vorgesetzten, die Ministerialräte, das Zeug lesen müssen. Lesen heißt sich ärgern, weshalb gewitzte Ministerialräte manchmal auf Ärger und damit auf Lektüre verzichten, aber eben nur manchmal, so daß die Leitenden Ministerialräte nie wissen, ob sie der erste Leser sind oder der zweite, der sich darauf beschränken könnte, den Vorgang mit zwei Kugelschreiberstrichen abzuzeichnen. Ebenso wenig weiß das der seufzende Ministerialdirigent, der vielleicht liest, vielleicht aber auch nicht, worauf der Amtschef, der Ministerialdirektor, von sämtlichen Beamten am meisten im Dunkeln tappt. In geordneten Hierarchien hält die Basis die Spitze auf Trab. Beanstandungen überlegt sich jeder Chef zweimal, denn die Korrekturen bekommt er, o süße Rache, allesamt wieder auf den Tisch. Der Endadressat der unzähligen Vorgänge ... wäre eigentlich der Minister oder dessen Staatssekretär. Doch weiß der Ministerialdirektor, wie sehr der Inhalt der erwähnten Papiere einen Politiker beschwert, der doch den Kopf frei haben muß für weiß der Himmel was. Es genügt, wenn der Politiker, der nie einen Aktendeckel aufgeschlagen hat, sich zu gegebener Zeit sagen läßt, daß seine Ideen, siehe Paragraph X und Verwaltungsgerichtsurteil Y, betrüblicherweise Schnapsideen seien. Ein ordentlich von unten geführter Minister liest nicht einmal die Briefe, die er angeblich geschrieben, in Wahrheit bloß unterschrieben hat. Auf diese Weise regiert eben doch der kleine Regierungsdirektor“.<sup>4</sup>

Was ist der entscheidende Unterschied? Wo die Verwaltung in Vorgängen denkt, da denken die Politiker in Projekten. Die Kunst des politischen Personals besteht darin, die Übersetzung von Projekten in Vorgänge zu organisieren. Um der Gefahr zu begegnen, dass dabei am Ende doch ganz allein der „kleine Regierungsdirektor“ regiert, versucht der Politiker, sich der Verwaltung anzuverwandeln, (weshalb er alsbald im Wahlkreis als abgehoben gilt). So gibt es z. B. immer wieder einmal Politi-

ker/-innen, die plötzlich politisch für Haushalte zuständig werden, obgleich sie Haushaltsangelegenheiten bislang zu den eher weniger spannenden Dingen des Lebens zählten. Kenntnisdefizite sind dann so selbstverständlich, wie sie selbstverständlich zu überspielen sind. Hier aber gibt es einen simplen Trick. Man spreche nicht von haushälterischen oder – *horribile dictu* – gar haushälterischen Dingen, sondern setze einen pfiifigen Akzent: *haushaltérisch*. Wer so spricht, signalisiert Zugehörigkeit zu den Wenigen, die ebenso sprechen. Dann sind nur noch einige weitere Sprachregelungen anzueignen. Man muss sich angewöhnen, *verausgaben* statt *ausgeben* zu sagen, *„Aufwuchs“* statt des schlichten *Zuwachses* oder den vornehmen Satz *„das ist im Haushalt derzeit leider nicht darstellbar“* an Stelle der plumpen Formulierung: *dafür wird weder heute noch irgendwann Geld da sein*; und was der Volksmund mit *verschern* meint, sollte in *„Vermögensaktivierung“* sublimiert werden. Die anfänglich mangelnde Kenntnis der konkreten Haushaltssystematik, das Verwechseln von Kapiteln und Titelgruppen oder von Millionen und Milliarden kann so leicht überspielt werden.

Politiker/-innen, die von diesem Verwaltungssprech nicht mehr zurückschalten können auf Normal-sprache, haben allerdings ein neues Problem.

## 2.2. Kommunikation

Politiker sind öffentliche Figuren. Daher muss der souveräne Umgang mit der Öffentlichkeit zum Kern ihrer professionellen Ausstattung gehören. Das ist nicht umstandslos moralisch unbedenklich. So muss etwa, wer sich in die Politik begibt, das Be-

**Wer sich in die Politik begibt, muss das Bewusstsein der eigenen Begrenztheit am besten abschalten**

wusstsein der eigenen Begrenztheit am besten abschalten. Denn ab sofort muss er oder sie so tun, als könne man die Welt genau so verändern, wie man die Welt

im Kopf entwirft. Etwaige Skepsis darf nicht nach außen dringen: Politische Pressemitteilungen aus dem Geist des Zweifels würden alsbald Gegenstand von sarkastischen Zeitungsglossen statt Quellen für Aufmacherthemen.

Hat ein Politiker tatsächlich einmal etwas erreicht, dann liegt es nahe, das Ergebnis öffentlich zu preisen. Allerdings müssen Politiker auch Ergebnisse preisen, die mit ihren ursprünglichen Absichten nur noch entfernt etwas zu tun haben. Dafür stehen dem politischen Akteur allerlei Kommunikationsinstrumente zur Verfügung. Eines unter diesen beweist eine Überlebensfähigkeit, die in Zeiten

<sup>4</sup> Roswin Finkenzeller: Schach, in: F.A.Z., 30.03.2004.

der Beschleunigung und des Infotainments durchaus überrascht: das Grußwort. Ebenso wie Partei- und Wahlprogramme eine weithin verkannte Textsorte darstellen, sind Grußworte eine bislang unterschätzte und daher nicht untersuchte Inszenierungsform, die vordergründig Profanes ins Transzendente hebt. Das lohnt – exemplarisch für die politische Kommunikation insgesamt – eine nähere Betrachtung.



© Deutscher Volkshochschulverband

Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan bei ihrer Grundsatzrede auf dem Deutschen Volkshochschultag

Zunächst hat das Grußwort einen eminenten Vorteil: Es muss keinem Veranstalter einer Grundsteinlegung, Eröffnung, Tagung oder eines Festaktes aufgezwungen werden. Im Gegenteil, kaum ein Anlass erscheint gering genug, um nicht einen Re-

**Kaum ein Anlass erscheint gering genug, um nicht einen Regierungsvertreter oder Parlamentsabgeordneten dazu zu bitten, die Hohe Versammlung willkommen zu heißen**

gierungsvertreter oder Parlamentsabgesandten dazu zu bitten, die Hohe Versammlung namens der Stadt oder des Landes willkommen zu heißen. Wer auf sich hält, fragt, was sonst, den Regierungschef an. Am Ende kommt eine Zusage

vom Staatssekretär, denn der kann den Termin an niemanden mehr weiterreichen, und eine Absage ist immer ein wenig heikel. Dem stehen lediglich die Empfindungen des Publikums entgegen. Wer dieses während der Grußwortstrecke einer Veranstaltung beobachtet, wird regelmäßig alsbald eine gewisse Enervierung registrieren. Ersichtlich scheint es sich nicht um den fesselndsten Teil einer öffentlichen Zusammenkunft zu handeln. Je mehr Grußworte und je länger deren Dauer, desto häufiger der Blick der Zuhörer auf das Programm: Wie viele von der Sorte kommen denn noch, steht ihnen ins Gesicht geschrieben.

Doch das darf nicht dazu führen, die Sache gering zu schätzen. Das Grußwort ist eine Gelegenheit zum Austausch untertextueller Botschaften mit den Hauptakteuren der besuchten Einrichtung. Es ist zudem ein Anlass, um mit den Veranstaltern kurz vor Beginn oder nach Ende bei Häppchen und Orangensaft Gespräche abseits sonstiger Protokollzwänge zu führen. Gegenseitige Verwundungen aus zurückliegenden Verhandlungen können vergleichsweise unaufwendig gekittet werden.

Das politische Grußwort selbst enthält im Allgemeinen, jedenfalls in kritischen Zeiten wie den heutigen, fünf Elemente. Erstens Worte der Wertschätzung, zweitens Trost, drittens Hoffnungsspendung, viertens eine kaschierungsbedürftige Themenvermeidung, nämlich die künftige Zuschussentwicklung für die besuchte Einrichtung. Letzteres ist eine verzwickte Sache, da sich auf sie die Hauptaufmerksamkeit des Publikums richtet. Sie ist deshalb geschickt zu streifen, ohne sie zu vertiefen, was am elegantesten in Verbindung mit dem fünften Grußwordelement geschieht: dem dosierten Selbstlob über das in der zurückliegenden Zeit, vor allem in der letzten Haushaltsrunde, Erreichte. Daneben aber ist das politische Grußwort vor allem durch verschiedene Stufen der Emphase charakterisiert. Es lassen sich vier Stufen unterscheiden.

Stufe 1: Typischerweise zeichnet sich das Grußwort dadurch aus, dass der authentisch anwesende Poli-

**Beim Grußwort ist der Politiker der Brechtschen Theaterästhetik verpflichtet**

tiker einen uneigentlichen Text vorträgt, denn selbst geschrieben hat er ihn nicht. Mehr kann eine einladende Institution erst einmal nicht er-

warten. Der Politiker agiert als Schauspieler und rezitiert einen rollenentsprechenden Monolog. Dabei ist er der Brechtschen Theaterästhetik verpflichtet: Er wahrt die Distanz zum Text und lässt den Abstand zwischen Sprecher und Gesproche-

nem kenntlich werden, indem er auf eine manipulative Überwältigung des Publikums verzichtet. Dieses, mehrheitlich Brecht-ungeschult, empfindet den Vorgang nicht als immanent aufklärerisch, sondern langweilig. Der Politiker vermeidet, auf die Aussagen des Grußworttextes allzu sehr festgelegt werden zu können.

In einer nächsten, der Stufe 2, kontaminiert der Politiker den Text, der mit ihm als Person nichts zu tun hat, mit punktueller Emphase. Legendär ist z. B. in Berliner Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen die Technik, mit der sich der einstige Senator *Peter Radunski* (1996 – 1999) aus unangenehmen Situationen befreite: Er gab eine „Bemühenszusage“. Das hieß: eine Zusage, sich in der jeweiligen Angelegenheit zu bemühen. Bevor die Leute begriffen hatten, dass sie sich umsonst freuten, weil eine solche Zusage nichts wert ist, war die Amtszeit des Senators schon abgelaufen.

Stufe 3: Mitunter kommt es vor, dass der Politiker keine Zeit hatte, sich sein (von der Verwaltung oder persönlichen Mitarbeitern vorbereitetes) Grußwort vorher anzuschauen. Nun steht er am Rednerpult, und dann kann es vorkommen, dass er absatzweise schaudernd auf seinen Sprechzettel sieht. Jeder dieser Blicke ergibt: Was da steht, kann ich nicht vortragen, ich muss irgendetwas anderes erzählen. Spontanen Einfällen folgend, die häufig assoziativ aus der Ablehnung des aufgeschriebenen Textes resultieren, gerät der grußwortende Politiker ins Plaudern. Die Bindung an den Text bleibt über die Abgrenzung, also eine negative Kopplung, noch bestehen. Doch die Emanzipation des Sprechers vom Text schreitet voran. Möchten die Veranstalter dann das so interessant gewesene gesprochene Wort in die Veranstaltungsdokumentation aufnehmen, blicken sie höchst verwundert auf das merkwürdige Grußwortmanuskript, das ihnen auf Anforderung aus dem Apparat des Politikers übersandt wird.

Schließlich Stufe 4: Der Politiker lässt den Sprechzettel weg oder hat sich erst gar keinen herstellen lassen: Das mache ich ohne Vorbereitung, war die Information in die heimische Verwaltung. Hier kommt dann am stärksten zum Zuge, was die unterschwellige Dynamik des Grußwortes als bislang unentdeckte dramatische Gattung prägt: eine Beobachtung dritter Ordnung – der Sprecher beobachtet das Publikum bei der Beobachtung der Beobachtungen des Sprechers. Der grußwortende Politiker beobachtet das Publikum, um die Atmosphäre der Veranstaltung wie die Wirkung seiner Worte zu erspüren und gegebenenfalls den Tonfall

anzupassen. Indem er dies tut, beobachtet er das Publikum dabei, wie es ihn beobachtet, um seinem Auftritt seine spezifischen Beobachtungen der Lage im Allgemeinen und derjenigen der veranstaltenden Einrichtung im Besonderen abzulauschen. Dreierlei Dissonanzen beherrschen diese kaskadische Dreifachbeobachtung: Der Politiker muss, um Erwartungen nicht zu enttäuschen, etwas sagen, das abweicht von dem, was alle schon wissen. Das Publikum lechzt danach, die Abweichungen wahrzunehmen und einer Überinterpretation zuzuführen.

**Im Gelingensfalle gerät das grußwortgebundene politische Produktmarketing zum einvernehmlich inszenierten Besänftigungsritual**

Der Politiker muss dies erspüren, um die Interpretationen zu dämpfen oder anzuheizen, je nachdem, welche öffentliche Wahrnehmung politisch gerade wünschbar ist. Unterm Strich also gerät, im Gelingensfalle, das grußwortgebundene politische Produktmarketing zum einvernehmlich inszenierten Besänftigungsritual.

Damit ist das eine Ziel politischer Kommunikation herausgearbeitet. Das andere Ziel wird dann verfolgt, wenn sich die kommunikative Anstrengung gegen den politischen Gegner richtet. Dann geht es, selbstredend, nicht um die Feier von Erfolgen und Besänftigung, sondern um das Anprangern von Versäumnissen und das Anheizen der Leidenschaften.

Die ‚Wahrheit‘ sagt dabei niemand. Wer besänftigen möchte, neigt gleichermaßen zur einseitigen Darstellung wie derjenige, der die Emotionen anheizen möchte. Zur Präzisierung trägt das dennoch bei: In der zugespitzten politischen Konfrontation werden die Dinge kontrastreich herausgearbeitet. Wo hingegen die Konfliktpunkte weichgespült werden, kann das Publikum keine Unterschiede mehr erkennen.

### 3. Politik als Beruf und politische Bildung

Nun muss man sich fragen, wie Politiker/-innen dahin gelangen könnten, die vier Basisoperationen des politischen Alltags – rechnen, rasonieren, verbindliche Entscheidungen erzeugen und öffentlich kommunizieren – zu beherrschen. Jede Tagesthemensendung offenbart, dass alles gemeinsam nur selten in einer Person zusammenkommt. Ideale Lösungen gibt es auch hierfür nicht. Wollte man (über den Wahlakt hinaus) Eignungstests für den Politikerberuf einführen, dann wären recht bald nur noch stromlinienförmige Personalbesetzungen



zu gewärtigen. Wirkungsvoller dürfte etwas anderes sein: Wenn sich demokratische Politik als Modus geregelter Austragung von Konflikten zwischen Gruppeninteressen auffassen lässt, dann geht es darum, die Qualität der Konfliktaustragung zu steigern. Das aber vermag der Politikbetrieb nicht allein zu leisten, nicht zuletzt auf Grund der tendenziellen Überbeanspruchung des politischen Personals. Diese tendenzielle Absorption benötigt ein Korrektiv außerhalb des Politikbetriebs im engeren Sinne. Nach Lage der Dinge kann das allein durch die Öffentlichkeit erzeugt werden.

**Politische Bildung kann dazu beitragen, die Politiker/-innen zur Partnerschaft mit den Nichtpolitiker/-innen zu nötigen**

Die politische Öffentlichkeit wird durch Medien und Bürgerschaft gebildet. Möchten diese die Qualität der Konfliktaustragung in der Politik verbessern, müssen sie

die Qualität ihrer eigenen Interventionen steigern. Hier nun kommt politische Bildung ins Spiel. Politische Bildung kann dazu beitragen, die Politiker/-innen zur Partnerschaft mit den Nichtpolitiker/-innen zu nötigen. Solange eine Öffentlichkeit wesentlich dadurch wirkt, dass sie Vorurteile mobilisiert, erzeugt sie bei den politischen Akteuren vornehmlich Strategien, mit den Vorurteilen geschickt zu spielen. Dagegen sollte politische Bildung – als in erster Linie Bildung für Nichtpolitiker – ein Gegengewicht schaffen: Sie hat erstens dazu beizutragen, Vorurteile durch Urteile zu ersetzen. Dazu muss sie sich zweitens auf Übersetzungsleistungen konzentrieren: zwischen Politikern und Nichtpolitikern, zwischen Experten und so genannten Laien (wenn es um Politik geht, ist allerdings jeder Laie auch Experte, nämlich mindestens Experte seiner eigenen, wesentlich durch Politik bestimmten Situation), zwischen verschiedenen Bildungslevels, sozialen Milieus usw. Auf dieser Grundlage kann drittens eine tendenziell symmetrische Kommunikation zwischen Bürgerschaft und politischem Personal zu Stande kommen: Letzteres ist nun mit begründeten Positionen konfrontiert, denen es sich nicht durch Platitüden entziehen kann, sondern bestenfalls durch Darstellung von Handlungskontexten und Kräfteverhältnissen – also dadurch, dass es Beiträge dazu liefert, die Transparenz des Politikbetriebes zu verbessern.

Der Politiker, die Politikerin hat davon auch etwas. Denn politisches Handeln findet zunehmend stärker in Situationen statt, die nicht nur durch offene bzw. widersprüchliche Deutungen, gesellschaftliche Normenkonflikte und hohen Zeitdruck gekennzeichnet sind – das ist schon länger so –, sondern obendrein durch Ungewissheit. Das heißt: Akteure können immer häufiger in konkreten Situationen nicht auf erprobtes Handlungswissen zurückgreifen. Dennoch muss gehandelt werden, d. h. es sind folgelastige Entscheidungen zu treffen und umzusetzen. Das erzeugt einen erhöhten Legitimations- und Nachbesserungsbedarf. Beides ist an einer (kompetenten) Öffentlichkeit vorbei nicht zu haben.

Das durchschlagendste Argument für den Anspruch der politischen Öffentlichkeit, an der politischen Kommunikation beteiligt zu werden, könnte wiederum die politische Bildung erzeugen: indem sie ihre Klienten so ausstattet, dass jedem Politiker deutlich vor Augen steht, dass sein Publikum hinreichend kompetent ist, sich bei Bedarf auch jederzeit selbst zur Wahl stellen zu können. Diese ‚Drohung‘ verbindet in schönster Weise das demokratische Element mit dem legitimen egoistischen Interesse des einzelnen Politikers, die Konkurrenz um Ämter und Mandate nicht ausufern zu lassen. Um das zu vermeiden, wird sich jeder Politiker bemühen, die Basisoperationen des politischen Alltags so zu beherrschen, dass sich die Zweifel an seiner Kompetenz in Grenzen halten. Bis die ‚Drohung‘ wahr gemacht werden muss, erzeugt die politische Bildung jene Mündigkeit, von der befeuert politische Bewegungen Thematisierungen des bislang unzureichend Thematisierten entwickeln, Parteien Entscheidungsvorschläge anfertigen und die Berufspolitik Entscheidungen erzeugt.



*Peer Pasternack, Dr. phil., Jg. 1963,  
Staatssekretär a. D.,  
Forschungsdirektor am Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg.*

*E-Mail: [peer.pasternack@hof.uni-halle.de](mailto:peer.pasternack@hof.uni-halle.de);  
<http://www.peer-pasternack.de>*